



BERICHT AUS BERLIN

von Dr. Inge Gräßle



29.04.2022

Ausgabe 009

Wir stärken die Selbstverteidigung der Ukraine!

Zudem: Das Sondervermögen muss die Bundeswehr langfristig stärken

Seit zwei Monaten führt Russland einen brutalen und völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen die Ukraine. Es ist unsere moralische Pflicht, dazu beizutragen, diesen Angriffskrieg zu stoppen. Dazu zählen eine klare Linie und Entschlossenheit bei der Unterstützung der Ukraine mit Waffen und militärischer Ausrüstung. Aber: Olaf Scholz zögert. Führung sieht anders aus. Das Vertrauen in unser Land nimmt in der internationalen Öffentlichkeit von Tag zu Tag ab. Die Kritik seitens unserer Partner und Verbündeter wächst. Deutschland ist zunehmend isoliert.

In unserem Antrag haben wir dargelegt, was jetzt passieren muss: Wir müssen die Waffenlieferungen an die Ukraine jetzt in Qualität und Umfang intensivieren. Wir fordern dies nicht leichtfertig, sondern weil es für den Freiheitskampf der Ukraine notwendig ist.

Und wir merken: Unser Druck wirkt. Die Ampel kam mit einem eigenen Antrag auf uns zu – dem wir uns nach einigen wesentlichen Änderungen anschließen konnten. Denn vor allem ein [gemeinsamer Antrag](#) ist ein starkes Signal an die Bundesregierung.

Um es mal klar zu sagen: Ohne unseren Antrag hätte es den Ampel-Antrag nicht gegeben! Es zieht sich wie ein „roter Faden“ durch die letzten Monate: Die Scholz-Regierung reagiert, aber immer zu spät und fast immer zu kleinmütig. Nicht nur die Ukraine, auch unsere europäischen Nachbarn sind zunehmend genervt von Deutschland!

Das Sondervermögen muss die Bundeswehr langfristig stärken

Das „Sondervermögen für die Bundeswehr“ bewegt sich nicht von der Stelle. Der bisherige Vorschlag der Ampelkoalition für die Ausgestaltung bleibt hinter unseren Erwartungen zurück.

Das 100-Mrd-Euro-Paket muss so wirken, dass es die Bundeswehr langfristig stärkt. Wir haben unsere Forderungen auf den Tisch gelegt: Die Verteidigungsausgaben müssen dauerhaft und unabhängig vom Sondervermögen auf zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes steigen. Das Sondervermögen in Höhe von 100 Milliarden Euro muss konkret für die Stärkung der Bundeswehr verwendet werden. Vor Verabschiedung des Sondervermögens muss klar sein, was mit dem Geld für die Bundeswehr erreicht wird. Das Beschaffungswesen muss grundlegend geändert werden. Und: Wir brauchen auch einen Tilgungsplan für die zusätzlichen Schulden.

Wir brauchen jetzt Maßnahmen gegen die drohende Rezession

Inflation, Energiepreise und Nahrungsmittelknappheit machen das Leben der Menschen in unserem Land immer teurer. Auch die Wirtschaft leidet unter den Nachwirkungen der Pandemie, unterbrochenen Lieferketten und rasant steigenden Erzeugerprei-

sen. Die Bundesregierung muss jetzt dringend handeln. Bisher wurden Ankündigungen nicht umgesetzt.

Die Anhebung von Transferleistungen, wie sie die Bundesregierung in dieser Woche auf den Weg bringt, genügt nicht. Wir brauchen stattdessen Lösungen, die für das ganze Land funktionieren und nachhaltig wirken. Neben der Kostenbelastung für die Wirtschaft und die Arbeitsplätze muss auch die wuchernde Bürokratie zurückgedrängt werden.

Als wenn nichts passiert wäre, arbeiten sowohl die Bundesregierung und auch die Europäische Union an **neuen** Belastungen, Auflagen, Berichtspflichten. Wir brauchen jetzt ein Belastungsmoratorium. So kann die Wirtschaft wieder auf die Beine kommen. Hochwertige Arbeitsplätze werden gesichert und neue geschaffen.



Sofortprogramm für Unternehmen und Beschäftigte

Deutschland steht vor einem Jahrzehnt der Erneuerung mit großen Chancen und Möglichkeiten. Mit [unserem Antrag](#) fordern wir jetzt ein Sofortprogramm: Wir müssen an den zentralen Stellschrauben der Wirtschaftspolitik ansetzen und diese für Unternehmen und deren Beschäftigte günstig gestalten. Die Nachwirkungen der Corona-Pandemie und die erheblichen Verwerfungen durch den Russland-Ukraine-Krieg stellen die Unternehmen vor besondere Herausforderungen.

Wir fordern Maßnahmen, die neue Impulse für eine Erholung und einen anhaltenden Aufschwung der Wirtschaft setzen: Bessere Rahmenbedingungen für Unternehmen und Beschäftigte, spürbarer Bürokratieabbau, ein Belastungsmoratorium, Planungsbeschleunigung, Entlastungen von Steuern

und Abgaben, flexible arbeitsrechtliche Regelungen und flexible Arbeitszeitmodelle, sowie leistungsfähige Infrastruktur.

Steigende Energiepreise – Bezahlbare Mobilität gewährleisten

Wir fordern die Bundesregierung mit unserem Antrag auf, sich endlich für bezahlbare Mobilität einzusetzen.

Kurzfristige Energiepreispauschalen und eine vorübergehende Absenkung der Energiesteuer auf Kraftstoffe für drei Monate sind keine dauerhafte Lösung. Das Tanken bleibt teuer. Davon sind vor allem Pendler und Menschen im ländlichen Raum betroffen.

Auch Unternehmen der Transport-, Logistik- und Busbranche belasten die hohen Kraftstoffpreise massiv. Die Bundesregierung ist aufgefordert, endlich entschlossen zu handeln. Durch abgestimmtes Vorgehen muss sie eine Perspektive für alle Betroffenen aufzeigen.

Nachhaltige Impulse für Einzelhandel und Innenstädte

Mit unserem [Antrag](#) zeigen wir Maßnahmen auf, mit denen Einzelhandel und Innenstädte zukunftsfest gemacht und belebt werden. Wir brauchen jetzt die erforderlichen Impulse für einen attraktiven und zukunftsfesten Einzelhandel in den Innenstädten. Innenstädte und Fußgängerzonen sind kaum vorstellbar ohne funktionierenden und breit gefächerten Einzelhandel.

Außerdem braucht es Gastronomie und Hotellerie, Dienstleistungen und Freizeit- und Kulturangebote. Kurz: Eine Umgebung des Zusammenkommens. Durch die Corona-Belastungen hat das Thema nochmals erheblich an Bedeutung gewonnen.

Mit dem Antrag zeigen wir: Die Union hat den Einzelhandel und die Innenstädte im Blick.

Neues Wort der Woche

Diese Woche habe ich ein neues Wort gelernt, nämlich „aufschlauen“. Ein Verbandsvertreter berichtete, dass sie die Verwaltung „aufgeschlaut“ hätten mit Informationen aus ihrem kleinen, aber feinen Fachbereich, damit dieses Wissen bei künftiger Gesetzgebung berücksichtigt werde.

Ganz nebenbei haben sie damit auch mich „aufgeschlaut“ – über ein neues Wort und unbeabsichtigte, aber schwer wiegende Nebenwirkungen von gut gemeinter, aber in der Wirkung verheerender Gesetzgebung.

„Aufschlauen“ gesellt sich zum bereits länger – auch schon im Wahlkreis – gehörten „aufgleisen“. Offenbar geht's *auf*-wärts in Deutschland...

Zitat der Woche

«Spät kommt Ihr, doch Ihr kommt.»

Unser Fraktionsvize Johann David Wadehul würdigt – mit Schillers Worten – in seiner Rede das Einlenken der Ampel-Koalitionäre in der Frage der Lieferung schwerer Waffen an die Ukraine.

Neues aus dem Büro

Zwei junge Schüler des LGH Schwäbisch Gmünd, Nils Bruchhaus und Alexander Farber, haben sich für ihr Praktikum im Rahmen der „Berufsorientierung an Gymnasien“ (BOGY) den Deutschen Bundestag ausgesucht, genauer: mein Bundestagsbüro.

Natürlich war ich gerne bereit, den beiden 15-jährigen den Blick hinter die Kulissen des Parlaments zu ermöglichen. Ich freue mich sehr, dass junge Menschen Interesse am politischen Geschehen und der politischen Arbeit haben. Leider herrscht in der Öffentlichkeit zuweilen ein falscher Eindruck über unsere Aufgaben vor – und den will ich helfen zu korrigieren.



V.l.n.r.: Bruchhaus, Gräßle, Farber

Die beiden Praktikanten konnten in den fünf Tagen das ganze Spektrum der Abgeordnetentätigkeit kennenlernen: Von der (virtuellen) Teilnahme an Arbeitsgruppen- und Ausschuss-Sitzung (Bildung und Forschung) über die Beantwortung von Bürgerbriefen und Sekretariatsarbeit bis zur Teilnahme an Sitzungen des Deutschen Bundestages.



Ein Highlight war sicher der gemeinsame Besuch des Frühlingsempfangs der [Helmholtz-Gemeinschaft](#). Die zwei „Käpsele“ haben sich dort nicht gelangweilt!